Pressemitteilung
Brandmauer gegen Rechtsextremismus ist gefallen

Stahnsdorf, 19. Februar 2025 – Die jüngste Entscheidung der Stahnsdorfer Gemeindevertretung markiert eine besorgniserregende Entwicklung: Ein Schaufensterantrag der AfD (B-24/125: „Tierschutz - Wald ohne Zäune“) wurde von den Mitgliedern der Gemeindevertretung mehrheitlich angenommen und ermöglicht der radikalen Rechtsaußenpartei einen weiteren Schritt in Richtung Normalisierung.

Problematisch ist dieser Beschluss wegen seiner populistischen Stoßrichtung und seiner Substanzlosigkeit. In dem Beschlussvorschlag wird Bürgermeister Bernd Albers aufgefordert, einen Zaun auf einem Waldgrundstück an der Parkallee/Potsdamer Allee entfernen zu lassen, um Tiere vor dem Tod zu bewahren. Damit möchte sich die AfD als Tierschützerin inszenieren. In der Vergangenheit hat sie sich jedoch selten für wegweisende Klima- und Naturschutzprojekte eingesetzt oder sich erkennbar für den Tierschutz engagiert. Ihr Ziel ist es offenbar, die Anliegen der Bürgerinitiative Parkallee aufzugreifen und sich bei ihr anzubiedern. Die Strategie dahinter: Die radikale Rechtsaußenpartei will mit der Maske des Kümmerers wahrgenommen werden, statt die hässliche Fratze der Fremdenfeindlichkeit und Demokratieverachtung zu zeigen. Ärgerlich ist, dass der Beschluss eine Mehrheit gefunden hat, obwohl er in der Sache völlig überflüssig ist. Für die Beseitigung des Zaunes ist ausschließlich die Untere Bauaufsichts- und Forstbehörde zuständig, wie die Verwaltung in einer ausführlichen Stellungnahme betonte. Die Gemeinde ist in dieser Angelegenheit weder zuständig noch befugt zu handeln. Umso bedenklicher ist es, dass der Bürgermeister bei der namentlichen Abstimmung als erster den Antrag mit „Ja“ unterstützte - obwohl er in der Sitzung selbst einräumen musste, dass er bereits bei den zuständigen Behörden vorstellig geworden ist und dies auch ohne den Beschluss getan hätte.

„Diese Entscheidung ist ein fatales Signal für die demokratische Kultur in unserer Gemeinde“, erklärt Kai Schultka, Ko-Vorsitzender der Fraktion Bündnisgrüne-Linke. „Wenn die Brandmauer gegen Rechts fällt, werden rechtsextreme Positionen anschlussfähiger. Genau das ist das Ziel dieser radikalen Partei - und eine Mehrheit der Gemeindevertreter:innen vor allem aus der Bürgermeisterpartei (Bürger für Bürger) und einzelne Mitglieder der CDU haben dieses Ziel mit ihrer Unterstützung für einen in der Sache überflüssigen Antrag ohne Not unterstützt.“

Die Fraktion BündnisgrüneLinke fordert eine klare Abgrenzung demokratischer Parteien von rechtsextremen Positionen zum Schutz der Demokratie und des Gemeinwohls. Populistische Schaufensterpolitik dieser Art lenkt nicht nur von den eigentlichen Herausforderungen ab, sondern gefährdet die Grundlagen eines solidarischen und demokratischen Zusammenlebens. Gerade in einer Zeit, in der die Demokratie auf vielfältige Weise unter Druck gerät, ist es Aufgabe aller Parteien, solchen Manövern geschlossen und entschieden entgegenzutreten.